

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit der illustrierten Beilage die „Neue Welt“.

Die „Volkswacht“  
erscheint täglich Nachmittags außer  
Sonntag und ist durch die  
Expedition, Neue Graupenstr. 5/6,  
durch die Post und  
durch Expeditoren zu beziehen.  
Preis vierteljährlich M. 3.10,  
pro Woche 25 Pf.  
Postzeitungsliste Nr. 7103.

Insertionsgebühr  
beträgt für die fünfgepaltene  
Pettzeile oder deren Raum  
20 Pfennige, für Vereins- und  
Versammlungs-Anzeigen  
10 Pfennige.  
Insertate für die nächste Nummer  
müssen bis Vormittag 9 Uhr in der  
Expedition abgegeben werden.

Nr. 37.

Breslau, Dienstag, den 12. Februar 1895.

VI. Jahrgang.

## Die Wahrheit über die Socialreform der Reichsregierung.

B. G. Der Staat — so wie er sich historisch entwickelt hat — ist die Organisation der Gesellschaft zum Zweck der Ausbeutung der arbeitenden und darbenben Volksmehrheit zu Gunsten der wirtschaftlich herrschenden und — meist übermäßig — genießenden Minderheit. Diese vom wissenschaftlichen Socialismus festgestellte Wahrheit ist nie Lauter erwiesen worden, als durch die socialpolitischen Vorgänge der neuesten Zeit und selten deutlicher zum Ausdruck gekommen, als in den Debatten der Reichstags-Sitzung vom 8. Februar, in welchen über die Interpellation Hitze verhandelt wurde, die den Ausbau der Socialreformgesetzgebung zum Gegenstand hatte.

Die Interpellation Hitze hat angeknüpft an die kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar 1890, die als Ziel ihrer Socialreform in Aussicht gestellt hatten die gesetzliche Anerkennung der Berufsvereine und die Schaffung von Arbeiterkammern.

Mit Bezug hierauf konnte der Vertreter der Socialdemokratie, welcher zu dieser Angelegenheit das Wort ergriff, der Abgeordnete Regien, darauf hinweisen, daß die Socialdemokratie immer gewußt und schon unendlich oft gesagt hat, daß der Widerstand der Großindustriellen dafür durchschlagend sein würde, um die Durchführung der kaiserlichen Erlasse zu verhindern.

Man bedenke die Sachlage! Der deutsche Kaiser, der mächtigste Vertreter der Reichsgewalt, kündigt dem deutschen Volke eine Socialreform an. Er bezeichnet ganz genau die Ziele dieser Reform. Es kann absolut kein Zweifel sein, daß er den ernstlichen Willen gehabt hat, diese Socialreform durchzuführen und die bezeichneten Ziele durch die Gesetzgebung zu erreichen.

Die Behörde der herrschenden Klassen haben ausnahmslos im Laufe der letzten Jahre hervorgehoben, daß diese Socialreform hauptsächlich, oder wenigstens nebenbei, den Zweck hätte, der staatsfeindlichen socialdemokratischen Agitation den Boden zu entziehen und die Arbeiterklasse mit der capitalistischen Gesellschaft und den von ihr geschaffenen Verhältnissen zu versöhnen.

Fünf Jahre lang geschieht zur Erreichung der angegebenen Socialreformziele seitens der Volksvertretung im Reichstag und der Vertretung der regierenden

deutschen Fürsten im Bundesrathe nichts, und jetzt endlich wird aus einer der bürgerlichen Parteien heraus die Frage an die Regierung gerichtet, warum es mit dem Ausbau der Socialreformgesetzgebung nicht vorwärts gehe.

Da erklärt der Minister v. Verlepsch, diese Verzögerung sei eingetreten, weil die Regierung zu der Einsicht gekommen sei, daß die ganze sociale Gesetzgebung immer nur der socialdemokratischen Agitation — eben derselben, welcher sie den Boden entziehen sollte — zu Gute gekommen sei.

Das ist ein offenkundiger, außerordentlich merkwürdiger Widerspruch — ein Widerspruch, der um so merkwürdiger wird, als die Vertreter aller herrschenden Parteien auch noch nach dieser Erklärung des Ministers bei der Behauptung verharren, sie ständen heute noch auf dem Boden der kaiserlichen Erlasse, sie seien also für die Socialreform.

Der nationalliberale Abgeordnete, Freiherr von Heyl, erklärte, wenn er und seine Freunde aber auch auf dem Boden der kaiserlichen Erlasse stünden, so seien sie doch der Ueberzeugung, daß die socialen Kämpfe der Gegenwart nur durch die gemeinsame Organisation der Arbeitgeber und Arbeitnehmer beigelegt werden können.

Aber zur wirklichen gesetzgeberischen Einrichtung solcher gemeinsamer Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind gleichfalls noch durchaus keine Ansichten vorhanden.

Auch der Redner der deutsch-conservativen Fraction erklärte: Seine Fraction stünde nach wie vor auf dem Boden der kaiserlichen Botenschaft von 1881 und der kaiserlichen Februarerlasse von 1890, also auch sie seien Freunde der Socialreform, aber sie lehnten die Fortsetzung der Socialreform für unsere heutigen Verhältnisse ab.

Wie ist nun die zweideutige Stellungnahme der Vertreter unserer herrschenden Gesellschaft zur Socialreform zu erklären?

Nun, daß sie als Vertreter von politischen Parteien es für gerathen halten, dem Volke gegenüber als Freunde solcher Maßregeln zu erscheinen, welche der Lage des Volkes zu verbessern geeignet scheinen oder für geeignet ausgegeben werden; daß sie aber als Mitglieder, beziehungsweise Beauftragte der Besitzenden, besonders der großbesitzenden, Minderheit in Wahrheit nichts thun dürfen, was deren nackten Ausbeuter-

interessen thatsächlich zuwiderzulaufen scheint, — deshalb dürfen sie socialreformfreundlich thun, so sehr sie wollen, aber die Socialreform fördern dürfen sie unter keinen Umständen.

Mitglieder der großbesitzenden wenigen Tausend in Deutschland, die in ihrem Prozentübermuche es verschmähen zu heucheln, soz. B. die Herren Möller und Freiherr von Stumm selbst, haben auch ganz offen betont, daß sie Feinde der Socialreform sind; daß sie alle Socialreformbestrebungen, wie z. B. die der Christlich-Socialen, als socialistische, socialdemokratische Bestrebungen ansehen und als solche verfolgt und unmöglich gemacht wissen wollen. Sie verlangen dagegen Ausnahmegeetze gegen Alle, die für die Arbeiterinteressen, für die Besserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter, für die politische Freiheit des Arbeitervolkes eintreten.

Herr von Stumm wies auf die Zustände im Saarrevier hin, wo unter seiner Großcapitalisten-Herrschaft keinerlei Arbeiter-Organisationen, nicht einmal die allerzähmsten, geduldet werden und die Arbeiter blind zu gehorchen haben, die sie zu modernen Industrie-Sclaven erniedrigen.

Zum Beweise, wessen Interessen er auf diese Weise vertritt, hat Herr von Stumm in diesen Tagen von etwa 100 rheinischen Großindustriellen ein Zustimmungsschreiben erhalten, worin ihm der Dank ausgesprochen wird für sein kräftiges und erfolgreiches Auftreten gegen die socialistischen Bestrebungen.

Herr Möller will den Arbeitern sogar den Arbeitsnachweis nehmen. Auch er will sie ganz der Willkür der Arbeitgeber überliefern lassen.

Der Abgeordnete Regien hatte gegenüber solchen Thatsachen, angesichts der ganzen Haltung der Vertreter der herrschenden Gesellschaft zur Frage der Socialreform sicherlich nur zu sehr recht darin, daß er feststellte, es seien die Großindustriellen, welche eine irgendwie einseitige Socialreform nicht leiden und welche alle bürgerlichen Parteien, von der conservativen über die nationalliberale und ultramontane hinweg bis zu der freisinnigen, und mit ihnen den Staat selbst, beherrschen und nach ihrer Pfeife tanzen lassen.

Ein gar nicht hoch genug zu schätzendes Glück für uns Socialdemokraten aber ist es, daß diese großindustriellen wirklichen geheimen Staatsbeherrscher so ungeschickt sind, wie Herr Möller und so brutal offen-

## Die Bekehrung André Savenay's.

Socialistischer Roman von Georges Renard.

Autorisierte Uebersetzung von Marie Cunert.

171

[Kochend verboten.]

Ost sagte Vater Deschamps mit einem aus Befriedigung und etwas Bedauern gemischten Gefühl:

„Wahrhaftig, ich könnte beinahe ganz wie andere der Bourgeois spielen, wenn nicht die Genossen wären, an die ich doch, wie es recht und billig ist, auch denken muß.“

An diesem Morgen war Niemand im Arbeitszimmer, als Magdalene hereintrat, ganz erfüllt von der hohen Wichtigkeit ihrer Functionen im Haushalt. Sie verwandte die größte Sorgfalt auf das Ordnen der verschiedenen Gegenstände und auf das Verschneiden des Staubes. Während dieser Zeit bereitete Johanna, die noch im leichten Morgenkleid aus Flanell, das ein großer Spizenträger — das Werk ihrer Hände — schmückte, das Frühstück in der Küche. Ein Wunder von Sauberkeit, diese Küche! Es war nicht einer dieser engen Winkel, wie man sie so oft in Paris hat. Nein, sie war groß und geräumig. Hier oder fünf Personen konnten sich leicht in ihr bewegen. Sie gewährte eine Aussicht über die unzähligen Dächer ringsum und in der Ferne bis auf die kleinen Hügel am Seine-Ufer. Licht und Luft flutheten ungehemmt in diesen Raum.

„Eine Küche, wie sie reiche Leute nicht schöner haben können!“ sagte Vater Deschamps oft stolz.

Alles glänzte und funkelte hier, die blanken Flächen der zinnernen Schüsseln und Teller, das dunkle Blau der emailirten Löpfe und Kasserolen, die blau und weißen Kacheln der kleinen Kochmaschine, die Papierstreifen, welche die Küchenbretter an den Wänden schmückten, die zierlich mit rothem Bind aufgenommene Muffelgardine, die eine von Johanna gehäkelte Spitze zierte, die Wachteldecke auf dem runden Tisch, alles dies bis zu dem Blechbedel, der den Wasserablauf bedeckte und der nach Johanna's eigenen Angaben gefertigt war. Die Küche war nämlich auch zum Rang eines Speisezimmers erhoben, darum mußte alles Gerath, wie Johanna meinte, so appetitlich wie nur möglich aussehen.

Als Johanna festgestellt hatte, daß die Milchchocolade, das gewöhnliche Frühstück der Familie an Sonn- und Festtagen, auf dem Punkt des Aufkochens war, öffnete sie die Thür und rief:

„Kommt alle!“

In dem Augenblick war Magdalene auch schon da. Sie hatte ihr glänzendes Haar sorgsam geflochten und aufgesteckt, ihre schwarze Schürze war bewundernswürdig sauber gebürstet. Voll Stolz wies sie auf das Arbeitszimmer:

„Ich bin fertig, Mütterchen, sieh nur!“ Und dann guck einmal, wie ich mich heute allein gekümmert habe!“

Der Knoten, in dem das Haar aufgesteckt war, sah vielleicht ein wenig schief, aber seine Schöpferin hatte sich so große Mühe gegeben! Warum also sollte

man das eine nicht bewundern und der andern nicht Complimente spenden? Johanna streichelte der Kleinen die Wange und sagte:

„Geh, hol jetzt den Großvater!“

Einen Augenblick später kam Magdalene wieder, an der Hand Vater Deschamps ziehend, der einen alten, grauen Schlafrock trug. Und nun wetteiferten die beiden Mädchen, dem Alten ihre kleinen Liebesdienste zu erweisen. Die eine schnitt ihm die Semmeln durch und bestrich sie in der gewünschten Dose mit Butter, die andere brachte ihm seine Brille, damit er seine Zeitung besser lesen könne. Ein Häppchen Zeitung, ein Häppchen Semmel, das war seine gewöhnliche Art, sein Frühstück einzunehmen, Johanna, die noch mütterlicher für ihn sorgte, seit sie Magdalene hatte, machte auch darüber, daß er den Körper über dem Geist nicht vergaß, was ihm ziemlich häufig geschah, wenn irgend eine Noth in der Zeitung seine besondere Entrüstung erregte. Sie plauderte leise mit Magdalene, als Vater Deschamps plötzlich, wie wenn er einen seiner bestgehaßten Gegner in Person vor sich hätte, laut ausrief:

„Sanalle!“

„Was giebt's denn wieder, Großvater?“ fragte Johanna, ohne irgendwie erkaunt zu sein.

„Dieser Intrigant, der Restazat, hat sich in der Kammer gegen jeden Versuch einer Steuerreform erklärt! Vor zwanzig Jahren habe ich für ihn meine Stimme abgegeben. Ich kann mich gar nicht darüber bereuen. Zu der Zeit war er ein kleiner Advocat, der noch auf seinem politischen Glaubenskenntnis, die progressive

herzig wie Herr Stumm. Sie machen den Vertretern ihrer Parteien im Reichstage ihr Heuchlerspiel mit den gurgläubigen Volksmassen zu Schanden. Sie bringen den Reichstag in die vom kapitalistischen Standpunkt aus verzweifelte Lage, entweder den Willen ihrer Herren und Meister zu thun und das Volk damit endgiltig über die Volksfeindlichkeit der herrschenden Klassen mit einem Schloge aufzuklären oder es im Großen und Ganzen so gehen zu lassen, wie es bisher gegangen ist.

Das Einzige, was die Agitation der Socialdemokratie erschweren, was einem gemäßigten Kapitalismus eine Galgenfrist gewähren, was einen langsamen Uebergang aus dem Capitalismus zum Socialismus ermöglichen könnte, das wäre, wenn sie thäten, was der Abgeordnete Legien am Schluß seiner Rede der Reichstagsmehrheit zurief: sie sollten den arbeitenden Volksmassen Einfluß geben auf die Gesetzgebung im Reiche und auf die Communalverwaltung, sie sollten das Dreiklassen-Wahlssystem beseitigen und das ganze Staatsleben demokratisiren.

Das wird und das kann die herrschende Gesellschaft niemals thun, das hieße den Aft selbst absagen, auf dem sie sitzt, deswegen wird die Socialdemokratie unaufhörlich wachsen so lange, bis sie die kapitalistische Gesellschaft zwingen wird, sich zur demokratisch-socialistischen, zur communistischen Gesellschaft umzugestalten, das heißt den Privatbesitz der Productionsmittel in den Gesamtbesitz überzuführen.

### Politische Rundschau.

Die Veröffentlichung des kaiserlichen Erlasses wegen der Soldatenmißhandlungen giebt den gegnerischen Blättern Anlaß zu allerlei thörichten Bemerkungen. Der „Vorwärts“ entgegnet auf diese Auslassungen folgendes: Die reactionäre Presse aller Schattirungen ist natürlich sehr böse, daß der „Vorwärts“ wieder einmal das amtliche Publikations-Organ war, und zwar für den kaiserlichen Erlass vom 6. Febr. 1890. Sie tröhten sich aber damit, daß der Erlass nicht die „vergebende“ Wirkung haben werde, die wir mit der Veröffentlichung beabsichtigt hätten. Nun, wir hatten gar keine Absicht, als die, ein culturgeschichtliches Actenstück dem Archivstaub zu entziehen, und uns festzustellen, daß die Soldatenmißhandlungen bis zum Tage des Erlasses „sich erheblich gesteigert haben“. Wenn die reactionäre Presse nun meint, die Thatsache, daß die oberste militärische Autorität diese Mißhandlungen verurtheilt und ihnen vorzubeugen suche, werde bei unseren Genossen „eine andere als die von uns bezweckte Wirkung“ hervorbringen, so täuschen die Herren Reactionäre sich. Die Wirkung ist genau die von uns bezweckte und erwartete. Die Genossen, wie die übrigen Leute, sind vom Stand der Dinge in der Armee nun authentisch unterrichtet.

Wir wollen bei dieser Gelegenheit übrigens erwähnen, daß wir von vornherein — und zwar wiederholt — unsere Ueberzeugung ausgesprochen haben, daß es der Militärleitung erath ist mit ihrem Vorgehen gegen die Soldatenmißhandlungen. Wir haben aber gleichzeitig auch ausgesprochen, daß bei dem in Deutschland herrschenden Militarismus die Soldatenmißhandlungen

überhaupt nicht zu verhindern sind, weil sie im System liegen. Der Erlass des Prinzen Georg von Sachsen hat nichts genügt; und der Erlass des Kaisers konnte ebenfalls an den Zuständen in der Armee nichts ändern. Kein Kaiser und kein König kann die logischen Konsequenzen eines Systems beseitigen, ohne das System selbst zu beseitigen. Der kaiserliche Februarerlass, betreffend die Soldatenmißhandlungen, ist in gewisser socialpolitischer Art, die aus der nämlichen Zeit stammen: er zeigt die Ohnmacht der Menschen gegenüber den Verhältnissen, und die Unfähigkeit des Einzelnen, stehe er auch noch so hoch, die Verhältnisse nach seinem persönlichen Willen zu gestalten. Freilich, der Kriegsminister hat voriges Jahr einmal versichert, seit dem kaiserlichen Erlass hätten die Soldatenmißhandlungen abgenommen: allein diese Erklärung will nichts besagen, da der Kriegsminister doch nur von solchen Mißhandlungen sprechen kann, die zu seiner Kenntniß gekommen sind. Dafür aber, daß nur der kleinste Theil der Soldatenmißhandlungen zur Kenntniß der Vorgesetzten kommt, sorgt mit untrüglicher Sicherheit das Gefängniß, das neben das Beschwerderecht des Soldaten gesetzt ist, wie einst der Galgen neben die Dreiklassige Pressefreiheit. Der muß ein kühner Mann sein, der, im Fall eines erlittenen Unrechts, zum Beschwerderecht greift, wenn er weiß, daß das geringste Versehen beim Gebrauch dieses gefährlichen „Rechts“ ihn auf drei Jahre ins Gefängniß bringen kann, wie unsern Genossen Becker in Mainz.

Auf der Suche nach Material zur Begründung des Umsturzgesetzes. Der Geheimrath Niederding hat, wenn auch nicht uns, so doch die grüseligen Philister überrascht durch sein fadensteiniges Material, was er aus dem alten von Pattfamer erbten Citatenjad hervorkramte. Man braucht Material. Die „Rheinische Zeitung“ erhält eine Zuschrift aus Bergarbeiterkreisen, in der einige Vorkommnisse besprochen werden, die nur zu leicht brauchbares Material hätten liefern können, wenn — ja wenn die Arbeiter sich hätten provoziren lassen. Im Ruhrkohlenrevier ist bekanntlich ein „Grünländer Gewerksverein der Bergleute“ gegündet worden. Herr Bruh, der Vorliegende hielt am Sonntag drei Versammlungen ab, um für seinen Verband zu agitiren. Das ist sein gutes Recht. In Oberhausen trat ihm der Genosse Bergmann Schröder entgegen und fertigte ihn in glänzender Weise ab. In Herne bei Dortmund, bekannt durch die neuliche Herne Schlacht, wo Namittags-Versammlung stattfand, wurde Schröder nicht zum Wort gelassen. Am Abend war Versammlung in Baulau bei Herne. Ueber den Verlauf dieser Versammlung theilt der Einrunder der „Rhein. Zeitung“ nun das folgende mit: Gleich zu Anfang der Versammlung bat Schröder ums Wort. Bruh verweigerte die Versammlung sofort um 5 Minuten und forderte dann Schröder auf, das Local zu verlassen. Der Aufgeforderte stand sofort auf, und schickte sich zum Gehen an. Trotzdem leute ein baumlaener Gendarm seine Hand an ihn. Schröder ging zur Kasse, forderte hier sein Entree zurück und bekam dann sofort ohne jede Veranlassung einen Stoß von dem Vertreter des Gesetzes, daß er zu Boden stürzte. The Schröder

sich wieder erhob, erfolgte der zweite Stoß, der ihn draußen vor die Thüre und zu Boden warf. Zugleich sah Genosse Schröder vor dem Local eine ganze Reihe Gendarmen und Polizisten. Nun mußte er, was die Bloße geschlagen hatte! Er wendete sich um und rief seinen zahlreichen Anhängern zu: „Kinder, ganz ruhig, denkt an den Antonienhütter Crawl! Kommt ruhig nach Hause, liefert der Reaction kein Material für die Umsturzvorlage!“ Und da zeigte sich die Macht der Organisation: Ohne ein Wort setzte sich die nicht kleine Anzahl der Genossen in Bewegung in der Richtung nach Herne zu. Der Besonnenheit Schröder's und unterer Genossen ist es zu danken, schreibt hierzu die „Rh. Ztg.“, daß es zu keinem Blutbad kam, wie es in Antonienhütte, Facksmühl u. a. D. der Fall war. Dies wurde ihnen noch klarer, als ihnen auf dem Nachhauseweg drei berittene Gendarmen begegneten, die auch nach Baulau strebten. Wir gehen nicht zu weit, wenn wir sagen, unsere Herne Genossen und Genosse Schröder haben sich den Dank aller denkenden Arbeiter verdient, daß sie trotz der ihnen zugesügten Behandlung ihre gerechte Empörung bemeistert haben. Es gehört fürwahr manchmal ein hoher Muth dazu, seine Aufregung in solcher Weise zu beherrschen, wie es am Sonntag in Baulau geschehen ist.

Gegen die Bismärckerei. In voriger Nummer berichteten wir, wie in Mannheim der Beschluß zu Stande kam, Bismarck einen Ehrenbürgerbrief zu verleihen. Genosse Fenz, Mannheimer Stadtverordneter, hat nun beim Bezirksamt Einspruch gegen die Gültigkeit der Beschlüsse der „vertraulichen“ Bürgerausschussung erhoben und beantragt, daß dem Stadtrath wegen Verletzung der Städteordnung ein Verweis ertheilt werde. Wird der Protest vom Bezirksamt abgewiesen, so wird Beschwerde beim Ministerium erhoben und eventuell in einer großen öffentlichen Versammlung an die Bürgerschaft appellirt. „Wir wollen doch sehen, ob das national-liberale Geldprogenthum die Mannheimer Bürgerschaft terrorisiren und knechten darf, wie es will“, bemerkt dazu die „Mannh. Volksstimme.“ Uebrigens läßt Bismarck bereits durch die „Hamb. Nachr.“ erklären, daß er trotz der Stellungnahme der Ultramontanen u. die badischen Ehrenbürgerbriefe annehmen werde. Selbstverständlich wird sich darüber Niemand wundern.

Die Stellung des Centrums zur Duellfrage giebt den „Hamb. Nachrichten“ Anlaß zu einem Leitartikel, worin sie mit allem Eifer für das Duell als eine Nothwendigkeit eintreten. An sich ist das ja gar nicht verwunderlich; wer wollte auch von dem Leiborgan des Blut- und Eisenmannes etwas Anderes erwarten. Aber schön sind die Behauptungen, die das Blatt zur Begründung seiner Stellungnahme aufstellt. So heißt es z. B.: „Wenn zwei Arbeiter unter Wahrung der herkömmlichen Duellregula aus irgend welchem Grunde zum Zweikampfe schreiten wollten, so müßte ihnen von Seiten des Strafrichters genau das nämliche Recht zuerkannt werden, wie Offizieren, Beamten oder Cavalieren.“ Indessen möchten wir doch keineswegs Arbeitern rathen, es einmal mit einem Duell zu probiren; sie würden gewiß bittere Erfahrungen mit dem „nämlichen Recht“ machen. Noch schöner aber ist die Abfertigung jener Leute, welche das Duell miß-

stener auf Capital und Renten, zu stehen hatte. Damals nannte er sich Socialist, der Signer der!“

Der brave Mann mußte nun nothgedrungen zugeben, daß alles, was Ueberzeugung und Gewissensbisse heißt, für einen Bolinifer Ballast ist, dessen er sich entledigen muß, wenn er hoch steigen will. Er murmelte noch:

„Und alles das, um Minister zu werden! O diese Bourgeois, diese Bourgeois, welch Jammergeschlecht!“

Magdalene, die zuhörte, ohne etwas begreifen zu können, glaubte nun den Moment gekommen, in dem sie eingreifen müßte.

„Sag, Rätterker, Freund Andree ist doch kein Bourgeois!“

„Doch“, antwortete Johanna. „Aber er ist nicht wie die anderen.“

Sie war überrascht, fast verwirrt, als sie die Worte überlegte, die sie eben gesprochen. Jadesch nickte Niemand darauf. Vater Derschamps wandte sich schon wieder an die Kleine.

„Ja, er gefällt mir recht gut, Dein Freund Andree. Er hat so ein freies und offenes Wesen. Er macht den Eindruck eines braven Jungen auf mich. Doch mag man ihn noch ein bißchen besser kennen lernen.“

Dies führte das Gespräch auf den verstorbenen Besuch im Hause Andree's. Auf den nächsten Donnerstag war er festgesetzt. Magdalene meinte, es wäre noch sehr lange bis dahin, und sie hatte Mühe, sich der Vorstellungen Johanna's zugänglich zu zeigen, die ihr zu

beweisen mußte, daß es unartig wäre, so ungeduldig zu sein.

Winterrwelle kam der festgesetzte Tag heran. Im Salon der Parillostraße erwartete man mit einiger Ungeduld den angestrichenen Besuch. Jean Savonay hielt es für ihre Pflicht, diejenige, welche ihrem Sohne so wacker beistanden, so gut wie möglich aufzunehmen. Wargereiter ging in überhafter kindlicher Reugier unruhig umher, denn sie bildete sich ein, sie würde nun Beien von einem ganz besonderen Art zu sehen bekommen. Miß May, die hartnäckig mit von der Partie sein wollte und die zu dieser Gelegenheit eine ungewöhnlich auffallende Toilette angelegt hatte, plauderte mit Andree über seine neuen Freunde, behauptete, daß er sich in seinem Wesen verändert habe, daß er jetzt langweilig wäre, wie ein volkswirthschaftlicher Leitartikel, sie beschuldigte ihn, sich mit sich unter ihm stehenden Personen abzugeben zu haben und fand ein Vergnügen daran, ihn über seine Jeanne d'Arc des Socialismus anzuziehen.

Mis Andree, nur um ihr zu widerprechen, viel mehr Gutes von Johanna erzählt, als er in Wirklichkeit wusste, gelobte sich Miß May, eifrig und getreulich durch seine Worte, diese kleine dreiste Person, in der sie unheimlich eine Feindin wahrte, auf die schönste Art zu demüthigen.

Endlich mit Johanna mit Magdalene an der Hand herein. Sie näherte sich ohne jede Schwärzung, so anmüthig in ihrem einfachen Kleide, so süß in ihrem Sang, so wenig befangen durch den sie umgebenden

Lurus, daß Miß May, die sie ungenirt gemustert und angestarrt hatte, sich auf die Lippen beißen mußte.

Dafür zeigte Magdalene um so offenkundiger ihr Erstaunen, ganz stumm vor Bewunderung und Schüchternheit blickte sie nur mit ihren großen Kinderaugen um sich. Während ihre Augen so staunend umherschweiften, strahlten ihre Füße über den Teppich, stieß sie sich an den Möbeln, so daß Andree sie in seine Arme nehmen mußte, um ihr die Sprache und wenigstens etwas von ihrer sonstigen Grifftesgegenwart wieder zu geben. Er brachte sie zu seiner Schwester, die sie abwechselnd mit Bekereien und Liebsojungen überschüttete und ihr aneinandersehte, daß sie die Schwester von Magdalene's Freund Andree sei.

Das Kind, noch immer verschüchtert und verwirrt, saß terzengerade auf der Kante eines seidenen Sessels mit einer Miene, als ob sie es fürchtete, diese schönen Sachen zu beslecken, wenn sie sich ganz hineinsetzte. Inzwischen war Frau Savonay auf Johanna zugegriffen, hatte sie neben sich auf ein Sopha gezogen und ipricht ihr in überschwenglicher Weise ihren Dank aus.

Dann fragte sie mit jener Liebenswürdigkeit, die von Herzen kommt, nach ihrem Großvater, nach ihrem häuslichen Leben und Johanna, die von einer so freundlichen Annahme gerührt war, antwortete in ihrer natürlichen Weise mit ruhiger Anmuth. Germaine war über ihr Wesen ganz erstaunt und entzückt zugleich. Leise sagte sie zu Andree:

„Aber diese kleine Menschenfresserin ist ja allerliebste!“

illigen, weil oft der Beleidigte unterliegt. Nach den S. N. ist nämlich der Zweck des Zweikampfes nicht in erster Linie darauf gerichtet, Sühne für erlittene Unbill zu erreichen oder gar „Rache“ zu üben, sondern das Duell soll dem Beleidigten zunächst G. legenheit geben, den Beleidiger persönlich zur Rechenschaft zu ziehen, ohne daß sich dieser weigern kann und darf. Auf den Ausgang des Kampfes selbst sind in den einzelnen Fällen so verschiedene Momente von Einfluß, daß es für die Beurtheilung der Duellfrage unmöglich maßgebend sein kann. Auch vor den ordentlichen Gerichten liegt nicht immer das Recht ob; auch hier ist der Ausgang nicht selten von Umständen abhängig, die mit Recht und Schuld der Parteien weniger zu thun haben als mit der Geschicklichkeit ihrer Anwälte und der zufälligen Auffassung der Richter.“

Das Letztere ist ja ein ganz hübsches Eingeständniß, das wir uns merken wollen!

— Zur Duellfrage. Der „Freiburger Bot“ schreibt hierüber:

Lieutenant Nagel, der bei Basel seinen Schwager Luchaire, einen ehemaligen Offizier, im Duell erschoss, wurde vor einiger Zeit zu zwei Jahren Zuchthausstrafe verurtheilt. Diese Strafe trat er um die Weihnachtszeit an. Am Kaisergeburtstage, einen Monat nach seinem Straftritt, wurde er benachrichtigt, daß der Rest der Strafe im Gnadenwege erlassen worden sei. Lieutenant Nagel hat darauf seinen Dienst beim Infanterie-Regiment Nr. 13 wieder angetreten.

Unser Genosse Becker, der sich freilich nicht durchkämpft hat, wird seine drei Jahre bis zur letzten Minute abzuputzen haben.

— Der schweizerische Bundesrath hat der Verurteilung der als angebliche „Anarchisten“ ausgewiesenen zwei italienischen Socialisten keine Folge gegeben, da sie sich an der anarchistischen Propaganda in Lugano betheiligten hätten. Dem Nachfolger des verstorbenen Bundesrathes Kuchameis, der ein sehr achtbarer Politiker war, dem Herrn Bundesrath Ruffy aus Lausanne, der als Chef dem Justiz- und Polizeidepartement in Bern vorsteht und als heftiger Gegner der Socialdemokratie bekannt ist, kommt es offenbar nicht genau darauf an, bei anarchistischen Massenausweisungen auch einige Socialisten mit über die Grenze zu spardiren. Mit der behaupteten anarchistischen Thätigkeit der ausgewiesenen zwei Socialisten muß es eine eigene Bewandniß haben, da sich ihrer doch auch der Luganeser Gemeinderath angenommen hat, der doch von Vorgängen in Lugano sicher so viel weiß wie die Herren in Bern. —

Daß die Macht der Verhältnisse stärker als der Willen der Menschen, hat sich wieder einmal an dem 1891 gegründeten Züricher Bauernbund bewahrheitet. Er sollte eine reactionäre Bauernorganisation und capitalistischer Sturmbock gegen die Arbeiterbewegung sein und was ist aus ihm geworden? Sein Gründer, Der Bauer Conrad Keller, der bereits vor längerer Zeit vom Präsidium und der Redaction des „Bauernbund“ zurückgetreten, ist jetzt nun ganz aus der von ihm gegründeten Organisation ausgetreten, weil derselbe seinem Programm untreu geworden sei und socialdemokratischen Tendenzen sowie auch der Bureaucratie halbig. In der That sitzt der Socialdemokrat Stephan Schwind im Centralcomitee des schweizerischen Bauernbundes. Das sind wohl überzeugende Beweise für die zunehmende sociale Reife des „anticollectivistischen“ Bauernschädels!

— Eine große Anzahl französischer Arbeiter sind bekanntlich dem furchtbaren Grubenunglück von Montceau-les-Mines erlegen. Von den Opfern, deren Zahl circa 50 beträgt, sind im Ganzen nur acht gerettet worden, doch befanden sich dieselben in einem solch' gräßlichen Zustande, daß nur die wenigsten von ihnen mit dem Leben davorkommen dürften. Die übrigen sind, soweit sie überhaupt aus dem Schachte, in welchem die Explosion erfolgte, heraufbefördert werden konnten, als zum Theil verkohlte und verblümmelte Leichen ans Tageslicht befördert worden. Die Scenen, die sich da abspielen, sollen herzzerreißend sein. Da jammern Frauen um ihre Gatten, dort Kinder um ihren Vater und weiter wieder Mütter um ihre Söhne. Und zu diesem Jammern wird sich, falls die Kammer keinen ausgiebigen Credit votirt, (es sind mittlerweile 30,000 Francs bewilligt) bald das materielle Elend gesellen, da Frankreich kein Haftpflichtgesetz und noch weniger ein Unfallversicherungsgesetz hat. Trifft den Arbeiter irgend ein Unfall, so kann er, beziehungsweise seine Angehörigen gegenwärtig nur auf Grundlage des Code civil (bürgerlichen Gesetzbuches) klagbar auftreten. Und danach kann er nur dann

Schadenersatz verlangen, wenn er nachweist, daß der Unfall durch das Verschulden des Unternehmers, dessen Bevollmächtigten oder sonstigen Vorgesetzten hervorgerufen wurde. Wird er demnach durch einen Unfall verletzt oder getödtet, der durch höhere Gewalt, Zufall oder durch sein eigenes Verschulden hervorgerufen wurde, so steht ihm oder seinen Hinterbliebenen kein Schadenersatz zu. Und es braucht wohl keine Prophetengabe, um vorauszu sehen, daß die Katastrophe von Montceau-les-Mines der „höheren Gewalt“ zugeschoben werden wird, sprach doch der Grubendirector schon bei der stattgehabten Beerdigung der Opfer von der Grubexplosion als von einem „unerklärlichen Verhängniß“, während er gleichzeitig die von der Grubengesellschaft getroffenen Sicherheits-Vorkehrungen als mustergerichtig hingestellt hat. Wie es sich in Wirklichkeit verhält, das könnte nur eine völlig unparteiische Untersuchung-Commission zu Tage fördern. Genosse Dejeante hatte denn auch gleich nach der Grubexplosion in der Kammer den Antrag auf Einsetzung einer kgliebrigen Untersuchungscommission gestellt, damit diese den Ursachen nachforsche und die Verantwortlichkeiten feststelle. Doch wurde auf die Erklärung des Arbeitsministers hin, daß die Regierung dies selber besorgen werde, der Antrag zurückgewiesen. Von einer solchen Untersuchung ist aber bestenfalls kaum etwas anderes als eine Anordnung neuer Vorsichtsmaßregeln für künftige Grubenunfälle zu erwarten. Denn die Regierung wird nur höchstens General-Grubeninspectoren oder sonstige Bergingenieure mit der Untersuchung betrauen, und diese Herren stehen mit den Grubengesellschaften auf einem zu guten Fuße, um ihnen irgend ein Leid anthun zu wollen. Da: doch erst vor kaum vierzehn Tagen das „Journal Officiel“ den von der statistischen Bergbaucommission verfaßten Bericht für 1893 veröffentlicht, der es so lobend hervorhebt, daß kein einziger Unfall durch schlagendes Wetter zu verzeichnen war, und dies einzig und allein der Verdoppelung der in den Gruben getroffenen Vorsichtsmaßregeln zuschreibt. Und diese Commission besteht eben aus General-Grubeninspectoren und Bergingenieuren. Darnach läßt sich auch leicht das Resultat bemessen, das bei der von der Regierung zu unternehmenden Untersuchung herauskommen wird. Das Grubenunglück hat übrigens das eine Gute, daß es die Aufmerksamkeit auf die „Arbeiterfreundlichkeit“ des Senats lenkt. Demselben liegt nämlich schon seit andert-halb Jahren ein von der Kammer votirtes Unfallversicherungsgesetz vor, ohne daß er bisher Zeit gefunden hätte, dasselbe in Berathung zu ziehen. Freilich ist Herr Trarieux, der gegenwärtig das Justizportefeuille innehat, als Referent bestimmt gewesen, und das erklärt alles. Nun wird aber, da sowohl in der Kammer wie im Senat selbst auf dieses sonderbare Vorgehen hingewiesen wurde, das Unfallversicherungsgesetz ernstlich in Angriff genommen werden. Nur schade, daß, um den Herren das Gewissen zu waschen, erst so viele Proletarier ums Leben kommen mußten.

— Die Enquete-Commission beschloß, das Geheimniß ihrer Berathungen zu bewahren und nur ein kurzgefaßtes Protocoll der Presse mitzutheilen. Sie lehnte die Anträge ab, die befehlen, die Commission solle die Enquete auch auf die Conventionen erstrecken ohne Rücksicht auf juristische Consequenzen, beschloß aber, es der Kammer zu überlassen, ob civilrechtliche Consequenzen zu ziehen seien aus den etwaigen Aufschlüssen über die Conventionen, die die Enquete ergeben könne. Die Commission beschloß zunächst folgende Zeugen zu vernehmen: die überlebenden Mitglieder des Cabinets Herrn, die Mitglieder der Parlaments-Commissionen, die die Conventionen geprüft haben, die Parlamentsredner, die die Conventionen discutirt hatten, und die Administratoren der Eisenbahn-Compagnien.

**Parteiangelegenheiten.**

Zum Fall Rüdts geht dem „Vorwärts“ von einem Parteigenossen in Karlsruhe ein Schreiben zu, aus dem zu ersehen ist, daß die zielbewußten Genossen in Baden es nachgerade müde werden, der Rüdtschen Comödie noch weiter ruhig zuzusehen. Der unerquickliche Streit in Baden, so schreibt der betreffende Genosse, hervorgerufen durch das socialdemokratische Kleeblatt in der badischen Kammer, ist jetzt geradezu zu einem Skandal ausgeartet. Herr Dr. Rüdts, welcher im November demonstrativ durch Flugblätter im ganzen Lande verkündete, daß er sich den Beschlüssen des Parteitages nicht füge, und in Folge dessen seinen Austritt aus der Partei erklärte, bildet gegenwärtig wieder auf's Neue den Gegenstand des Streites. Vor ein paar Monaten schüttelte Rüdts mit großem Lärm die Partei von sich ab, und vorige Woche erklärt er seinen Wiedereintritt in dieselbe. Er giebt an, daß die Parteigenossen im Lande ihn dazu aufgefordert hätten. Das ist übertrieben; die objectiv denkenden Genossen sind mit diesem Wechsel keineswegs einverstanden, vielmehr wäre es für die Partei förderlicher gewesen, wenn Rüdts in seinem Schmollwinkel sitzen geblieben wäre. Es giebt allerdings Leute hier, die da meinen, Rüdts müße unbedingt in der Partei sein wegen seiner rednerischen Talente. Lieber sollten sich die Genossen mit einfachen rednerischen Kräften behelfen, welche die Arbeiterbewegung höher stellen, als das Persönliche, es würde sich ein viel gewandter Sinn unter den Arbeitern entwickeln; man würde dann auch solchen Leuten, welche das Vertrauen der Arbeiter-

schaft mißbrauchen, von vornherein den Laufpaß geben. Rüdts ist ein Egoist, der nicht in unsere Partei gehört, ein Handlanger der Nationalliberalen. Das letztere geht schon aus seiner Kammerrede in der Ordensdebatte, den Fieser-Böhhubeleien und der Zusendung von Erklärungen über seinen Wiedereintritt in die Partei an die nationalliberale „Badische Landeszeitung“ und sonstige gemeynerische Blätter hervor. Zu allem Ueberfluß ist Rüdts nun auch noch am letzten Sonntag in Heidelberg und Pforzheim als Candidat für den Reichstag aufgestellt worden. Wir werden wahrhaftig zum Gaudium und zum Gespött gemacht von den übrigen Genossen in Deutschland; es ist höchste Zeit, daß wir uns emancipiren von Leuten, die sich als corrupt zeigen. Es giebt aber auch in Baden noch ziel- und klassenbewußte Arbeiter, die mit dem Treiben Rüdts, aber auch Dresbachs nicht einverstanden sind, welche die Partei höher schätzen und nicht dulden werden, daß dieselbe zum Tummelplatz für persönliche Streitigkeiten vor einem halben Duzend Leuten benutzt wird. Es wird allerdings schwer halten, Ordnung zu schaffen, weil unsere zwei badischen Parteiblätter sich gegenseitig auf das Heftigste befehden, anstatt daß sie Wissen und Bildung und feste Disciplin unter den Arbeitern verbreiten. Durch die gegenseitigen persönlichen Reibereien wird die Uneinigkeit, Verwirrung und Unklarheit unter den Genossen bis zum Ueberfließen vermehrt. Dieser Zustand ist unhaltbar. Wenn nicht sofort Abhilfe geschaffen wird, geht die ganze Partei rückwärts. Die klardenkenden Genossen in Baden müssen sich aufrufen und diesem Wirrwarr ein Ende machen. Aber auch die Parteileitung kann nicht mehr ruhig zusehen, sie hat alle Ursache ganz energisch einzuschreiten; oder sollen wir uns nicht unsere Kräfte der Partei widmen, damit sie nutzlos von einigen Streibern vergeudet werden können? Der Landesausschuß der Socialdemokratie in Baden verhält sich als solcher passiv, er läßt den Karren ruhig in den Sumpf laufen, es ist ihm einerlei, wer ihn wieder herausholt; er dürfte auch einmal aus seiner Friedhörsgrube in Offenburg aufgeschreckt werden.“

**Arbeiterbewegung.**

**Achtung, Porzellanarbeiter!** Bis auf weiteres ist für Porzellanarbeiter, ohne Unterschied ob Maler oder Dreher, die Porzellanfabrik von Ernst Wahlig in Turn-Zepitz gesperrt. Die Geschäftsleitung genannter Fabrik sucht Figurenmaler aus Deutschland einzustellen, weshalb diese in erster Linie die Sperre beachten müssen.

**Zugzug von Tischlern** ist fern zu halten nach Berlin (Pianofabrik von Görs u. Kallmann, Arnstädterstraße 34), Weiskense bei Berlin (Oskar Springer's Küchenmöbelfabrik), Ludenwalde (Billig's Werkstätte), Lübben (Ditrich's Werkstätte), Bunzlau i. Schl. (Kahlisch's Werkstätte); von Tischlern und Stellmachern nach Güstrow i. M. (Mecklenburgische Waggonfabrik); von Bürsten- und Pinselmachern nach Münster i. W. (Fabrik Leopold); von Sticmuffknopfdrechselern nach Schmolln i. S.-A.

**Die Abschätzung über den Streik der Holzarbeiter** in der Mecklenburgischen Waggonfabrik in Güstrow vom 16. August vom 24. November 1894, welche in der „Holzarbeiter-Zeitung“ ist, ergibt, daß der Einnahme von 4693,96 Mark eine Ausgabe von 4599,03 Mark gegenübersteht. 4000 Mark der Einnahmen kamen aus dem Central-Streikfonds in Stuttgart; an Wochenunterstützung wurden 3382 Mark ausgezahlt, während die Agitation, Reisen, Gerichtskosten u. s. w. die Summe von beinahe 800 Mark beanspruchten.

**Arbeiter-solidarität.** Die Solinger Section der Ausmacher des Verbandes der Tisch- und Federmeißelarbeiter beschloß in einer Versammlung den streikenden Federmeißelern die Vereinskasse zur Verfügung zu stellen.

**Ein neuer Weberstreik.** In Wachen haben nach einer Meldung der „Kölnischen Zeitung“ neuerdings in der Tuchfabrik von F. Wener u. Co. über hundert Maschinenweber die Arbeit niedergelegt. Sie verlangen höheren Lohn und Aenderung der Fabrikordnung.

**Die Tarifcommission der Preßburger Buchdrucker** hat über die Kampfmüller'sche Buchdruckerei die Sperre verhängt, weil der Wochenlohn dort in der Regel nicht zu erlangen war.

**Ein neuer Streik der Zuschneider in New-York,** der noch größere Dimensionen als bisher annehmen dürfte, steht, dem „Confect“ zufolge, in Aussicht. Zehntausend Zuschneider aus der Herrenconfectionsbranche sollen beabsichtigen zu streiken, wenn ihnen nicht die achtstündige Arbeitszeit unter Beibehaltung der bisherigen Löhne zugestanden wird. 35 Firmen sollen sich bereit erklärt haben, die Forderungen der Zuschneider zu bewilligen. Die meisten Firmen sollen aber beabsichtigen, die achtstündige Arbeitszeit nur unter entsprechender Kürzung des Lohnes zu bewilligen.

**Rede des Abgeordneten Tugauer (Breslau-Ost)**

zum Antrage auf Schaffung eines Reichsgesetzes über die Abgrenzung der Wahlkreise. (Reichstags-Sitzung vom 5. Februar 1895.)

Hög. Tugauer: Meine Herren, meine politischen Freunde und ich werden für den vorliegenden Antrag der Herren Kollegen Ander und Genossen stimmen, schon aus dem Umstand, weil wir bereits in der vorigen Session einen ähnlichen Antrag dem Reichstage vorgelegt hatten, welcher leider wegen Schlußes der Session nicht mehr zur Berathung im Plenum gekommen ist.

Die Forderung nach geistlicher Eintheilung und Regelung der Wahlkreise ist ja so alt wie das gegenwärtige Reichstagswahlgesetz überhaupt. Schon im Jahre 1869, als das jetzt geltende Wahlgesetz berathen wurde, forderte der Abgeordnete Twesten, daß die Eintheilung der Wahlkreise durch Gesetz festgesetzt werden sollte. Es war aus der ursprünglichen Vorlage der verbündeten Regierungen nicht zu ersehen, wer überhaupt die Eintheilung der Wahlkreise vorzunehmen habe, ob man die Abgrenzung der Wahlkreise den verbündeten Regierungen, den einzelnen Landesregierungen oder der Gesetzgebung vorbehalten wollte. Eine klare Bestimmung darüber enthält die Vorlage nicht. Es



## Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht der „Volkswacht“.)

34. Sitzung.

Montag, den 11. Februar.

Nachmittags 1 Uhr

Am Bundesrathstisch: Fürst Hohenlohe, von Bötticher u. A.

Die Bänke des Hauses sind sehr schwach besetzt. Die Novelle zum Consular-Kostengesetz passiert debattelos die dritte Lesung.

Darauf tritt das Haus in die Specialberatung des Etats ein.

Zum Etat des Reichstags liegt ein Antrag Anderer (freil. Sp.) vor, auf Aenderung der Reichsverfassung in dem Sinne, daß die Mitglieder des Reichstags aus Reichsmitteln Diäten und Reisekosten erhalten.

Abg. Richter (freil. Sp.) hält es für wünschenswert, daß das Wort „Reichstagsgebäude“ beibehalten, und nicht das Wort „Reichshaus“ dafür gesetzt werde. „Reichshaus“ könnte ja auch das Reichskanzlerpalais genannt werden. Die Bewilligungen im Etat seien stets für das „Reichstagsgebäude“ ausgeworfen worden, das Wort Reichshaus könnte den Anschein erwecken, als habe auch der Bundesrath Hausrechte im Reichstage. Das wäre eine ganz willkürliche Annahme. In analoger Weise könnten ja auch die Räume der Presse aus dem Umfange der Rechte an der Hausverwaltung herleiten. Des Weiteren wendet sich Redner gegen die Fortsetzung der Thätigkeit der Reichstagsbaucommission. Er ist der Meinung, daß die weitere Ausschmückung des Reichstagsgebäudes der Entscheidung des Reichstagsvorstandes unterliege. Die jetzige Ausschmückung paßt besser für ein Residenzschloß. Der individuelle Charakter einer Stätte für die Gesetzgebung, für die Volksvertretung sei bisher gar nicht zum Ausdruck gekommen. Dann bespricht Redner die Verhältnisse der Journalistentribüne. Unten im Hause sei die Aussicht gut, auf der Journalistentribüne höre man aber entschieden schlechter als im alten Hause. Man sähe auch schlechter von der Tribüne, als im alten Hause. Von der ersten Reihe sähe man ein Drittel, von der zweiten Reihe die Hälfte des Hauses nicht. Die breite Borde auf der Tribüne verdecke viel und sei ganz überflüssig, sie verleihe sogar nur dazu, Gegenstände da hinzustellen, die dann, wie es neulich geschah, ins Haus hinabfielen. Auch die Communication sei sehr beschwerlich. Er habe sich die Tribüne des neuen Abgeordnetenhauses im Plane angesehen, diese sei viel praktischer gebaut. Es sei ein Wunder, daß die Berichte der Presse noch so gut ausfallen, wie sie ausgefallen sind. Er wüßte, daß die Verhältnisse nach Schluß der Session eingehend geprüft und Abhilfe geschaffen wird. Die Journalistentribüne sei die wichtigste Tribüne. Der Werth der Verhandlungen hänge wesentlich von der Resonanz ab, die sie im Lande fanden. Schließlich spricht Redner den Wunsch aus, daß dem ersten Beamteten eine Dienstwohnung im Gebäude selbst beschafft werde. (Beifall.)

Staatssecretär von Bötticher theilt den letzten Wunsch. Er gestehe dem Abg. Richter zu, daß der Bundesrath kein Hausrecht am Reichstagsgebäude habe. Nur für die Räume die dem Bundesrath hauptplanmäßig zustände, beanspruche er völliges Verfügungsrecht. Das Hausrecht des Reichstages dürfe nicht so weit gehen, daß der Reichstagsvorstand eines schönen Tages den Bundesrath ermitteln dürfe. (Große Heiterkeit.) So weit gehe wohl Abg. Richter auch nicht. Dagegen halte er eine Fortsetzung der Thätigkeit der Baucommission für notwendig. Es seien noch so viele technische Fragen zu erledigen, die ein Sachverständigenurtheil verlangten. Auch über die Ausschmückung zu befinden, sei besser Sache der Commission, in der der Reichstag die Majorität habe. Eine Besprechung jedes einzelnen Vorschlags über die Ausschmückung könne doch nicht im Plenum erfolgen. Man solle es bei dem bisherigen Modus lassen. Die Acustik sei besser als im alten Hause, er wolle aber gern nach Schluß der Session Nachprüfungen anstellen lassen und womöglich Abhilfe schaffen.

Abg. Richter (freil. Sp.) tritt lebhaft für die Schaffung einer Dienstwohnung für den Bureaudirector ein. Kompetenzconflicte mit dem Bundesrath fürchtet er nicht. Was die Ausschmückung betreffe, so wüßte er allerdings, daß bei jeder Aenderung der Reichstag gefragt werde. Die Journalistentribüne zeige vielfache Mängel, sie sei viel zu klein. Es frage sich, ob nicht die Präsidentenloge hinzugenommen werden könne. Die Journalisten sollten sich während der Session noch an den Präsidenten mit allen ihren Wünschen und Beschwerden richten.

Abg. Singer (Soc.) spricht neben dem Wunsch nach einer Wohnung für den Bureaudirector auch den Wunsch aus, daß für die Portiers bessere Räumlichkeiten geschaffen werden. Er empfehle ferner eine Vervollständigung der Hilfsbeamten. Es seien 56 Hilfsbeamte angestellt, die einen Tagelohn von 3 85 Mark bis 4 50 erhalten und einen sehr schweren Dienst haben. Genau so verhalte es sich mit den Boten, die den Abgeordneten die Acten bringen und oft bis Nachts 10 Uhr unterwegs sein müssen. Eine Vermehrung des Personals sei notwendig, auch empfehle sich eine Verlängerung der Rindigungsfrist. Es bestehe auch keine Krankenkasse für die Beamten, deren Gründung sich dringend empfehle. Wenn die Session im Sommer geschlossen werde, würden die Hilfsbeamten entlassen. Sie fänden sehr schwer andere Beschäftigung, da es meist ältere Leute seien. Einzelne fänden in der Ausschmückung Beschäftigung, die meisten aber nicht. Es sollte eine Einrichtung getroffen werden, daß für diejenigen Beamten die wieder angestellt werden, eine Art Wartegeld ausgesetzt wird. Bei der Vertagung einer Session werde das Gehalt weiter bezahlt, die Beamten müßten aber auch zur Verfügung stehen, es gäbe ja auch in der sittingslosen Zeit Manches zu thun. Viele Beamten würden im nächsten Jahr das

25jährige Jubiläum des Reichstages mitfeiern, viele seien 20 Jahre angestellt und es empfehle sich, für diese Leute eine Pension zu schaffen. Ein Mißstand bedürfe aber dringender Abhilfe, die Kellner in der Reichstags-Restaurations erhalten kein Gehalt, sie seien auf die Trinkgelber angewiesen. Dabei zahle der Restaurateur keine Pacht, zahle kein Licht, besinde sich also anderen Restaurateuren gegenüber im Vortheil und dürfe nicht eine Unsitte mitmachen, die man verurtheilen müsse. Es sei geradezu unerhört, daß in diesem vornehmsten Hause des Reiches Leute dienen, die auf Almosen angewiesen sind. Man spricht so viel von Würde des Reichstages, er glaube, dieser Zustand sei unwürdig und heische dringend Abhilfe. (Beifall links.)

Abg. Dr. Pachnicke (freil. Sp.) wünscht die Einführung eines Generalregisters für die im Hause stattgehabten Verhandlungen.

Beim Titel „Hausinspector“ nimmt das Wort Abg. Frhr. von Mantuffel (decons.). Er habe einen Vorgang zur Sprache zu bringen, der viel enger mit der Würde des Hauses zusammenhänge, als der von Herrn Singer erwähnte. Er habe einen Brief von Herrn von der Gröben erhalten und ihn Herrn von Plöb gegeben. Dieser habe ihn auf dem Reichshaus liegen lassen und dort sei der Brief gestohlen worden. Er finde nun den Brief in der „Leipziger Volkszeitung“ abgedruckt, deren Redacteur der Abg. Dr. Bruno Schönlank sei. Er hoffe, daß ihm Dr. Schönlank bei der Ermittlung des Diebes behilflich sein werde.

Abg. Dr. Schönlank (Soc.). Der Brief sei in schöner Abschrift in seiner Abwesenheit in die Redaction gelangt. Er enthalte wichtige politische Mittheilungen und deshalb sei er abgedruckt worden. Daß der Brief auf dem Reichshaus entwendet sei, habe er nicht gewußt. (Lärm und Widerspruch rechts.)

Abg. Frhr. von Mantuffel (decons.) constatirt noch einmal, daß der Brief gestohlen worden sei. Es handle sich nur um die That, nicht um den Inhalt.

Abg. Bebel (Soc.) erklärt Namens seiner sämtlichen Parteifreunde, daß sie es als einen Mißbrauch der Collegialität verurtheilen würden, wenn die Redaction von dem Diebstahl gewußt hätte. Collegiales Vertrauen unter den Mitgliedern des Hauses sei unbedingt notwendig. Schönlank möge noch ausdrücklich erklären, daß er keine Kenntniß von der Entwendung des Briefes gehabt habe. Andererseits hebe er hervor, daß wohl auch jedes conservative Blatt, wenn es einen derartigen wichtigen Verfall eines Socialdemokraten zufällig erhielte, ihn abdrucken würde.

Abg. Dr. Schönlank (Socdem.) versichert, daß er von der Entwendung des Briefes keine Kenntniß gehabt hat.

Der Titel wird bewilligt. Bei Titel 12: Bibliothek, tritt

Abg. Dr. Never (Halle, freil. Sp.) für Vervollständigung der Bibliotheksbibliothek ein.

Abg. Werner (Antif.) wünscht eine Vervollständigung der unteren Beamten im Allgemeinen.

Beim Titel Entschädigung der Privatbahnen für die Freifahrt der Abgeordneten besürmwortet

Abg. Richter (freil. Sp.) die Resolution Anderer auf Bewilligung von Diäten

Abg. v. Holleuffer (decons.): Die Frage der Diäten sei keine Prinzipienfrage für die conservative Partei, aber es ließe sich nicht leugnen, daß man im Lande je länger je mehr nicht für die Diätenbewilligung schwärmt. Ohne Aenderung des Wahlrechts halte er die Bewilligung von Diäten nicht für wünschenswert. Er gebe zu, daß eine Anzahl tüchtiger Männer durch die Diätenlosigkeit vom Reichstage fern gehalten wurde. Aber die Sache habe doch zwei Seiten. Es gäbe außer den Berufsparlamentariern noch eine Species, die Erwerbsparlamentarier, die sich dann nur der Diäten wegen wählen ließen. Es gäbe solche unlaute Elemente, die dann unbedingt ferngehalten werden müßten. Seine Partei sei den Diäten nicht prinzipiell abgeneigt, aber sie müsse Garantien fordern, daß mit der Bewilligung von Diäten nicht noch eine stärkere berufsmäßige Verhetzung der Massen eintritt.

Abg. Werner (Antif.) tritt für die Bewilligung von Diäten ein, um die schwache Besetzung des Hauses zu beseitigen. Das Mandat dürfe nicht von der Größe des Geldsacks abhängen. Es würden bei Diätenbewilligung viel mehr tüchtige und unabhängige Abgeordnete gewählt werden.

Abg. Kröber (südd. Volksp.) ist ebenfalls für Diätenbewilligung, die es ermöglichen würde, tüchtige Männer aus dem Volke ins Parlament zu schicken. Das geistige Niveau würde sich entschieden heben.

Abg. Dr. Lieber (Centr.) spricht sich für die Bewilligung von Diäten aus, mehr aus Rücksicht auf die Wähler, als auf die Abgeordneten selbst. Sogenannte unlaute Elemente habe der bisherige Zustand auch nicht ganz vom Parlament fernhalten können.

Abg. Richter (freil. Volksp.): Herr von Holleuffer habe vor Verfassungsänderungen gewarnt, er möchte erwidern, dann hätte man auch die Verlängerung der Legislaturperioden unterlassen sollen, die die Noththeile der Diätenlosigkeit noch vermehrt habe. (Sehr richtig links.) Erwerbsparlamentarier habe er meistens in Kreisen von Beamten gefunden, die sich durch ihr Mandat bei den Vorgesetzten mehr in den Vordergrund rücken wollen. (Sehr richtig links.) Er constatire aber, daß gerade die Parteien, die für den Mißstand besonders einzutreten vorgehen, durch Nichtbewilligung von Diäten dem Mittelstand die parlamentarische Vertretung unmöglich machen.

Abg. Dr. Förster (Reformp.) hat aus der Rede Holleuffers nur den Wunsch herausgehört, das allgemeine gleiche und geheime Wahlrecht abzuschaffen oder einzuschränken. Gerade die tüchtigsten Redner seien die Vertreter des praktischen Lebens, des Mittelstandes. Abg. Richter habe wohl Recht, wenn er sage, daß es Erwerbsparlamentarier auch auf der rechten Seite des Hauses gäbe.

Abg. Graf von Limburg-Sturum (decons.). Wer die Diätenfrage anschnide, schneide damit zugleich die Frage des Wahlrechts an. Die Regierung werde sich nicht der Aufgabe entziehen können, zugleich mit dem Antrage die Frage des Wahlrechts zu erwägen. Der Vorwurf, daß die Diätenlosigkeit die Wahl von abhängigen Beamten begünstige, sei unbegründet. Von den Richtern, die auch Beamte seien, spreche man nicht, sondern nur von Verwaltungsbeamten. Aber auch die Verwaltungsbeamten seien selbstständige Naturen, das hätten doch die letzten Jahre bewiesen. Mit dem Wunsche, daß die Abgeordneten in ihrem Wahlkreise wohnen sollen, sei er einverstanden. Herr Richter sträube sich dagegen. Natürlich! Für ihn und seine Berliner Freunde würde es alsdann mit der Parliamentsherrlichkeit aus sein, da Berlin den Socialdemokraten gehöre.

Die Resolution Anderer wird darauf gegen die Stimmen der beiden conservativen Parteien angenommen; der Titel wird bewilligt.

Der Etat des Reichstags ist damit erledigt. Es folgt der Etat „Reichskanzler und Reichskanzlei“.

Abg. Siegle (natl.) (auf der Tribüne fast unverständlich) tritt für einen vermehrten Schutz der Deutschen in Syrien und Palästina ein. Colonisten, die schon 10 Jahre und länger Land besäßen, wäre jetzt dieses Land weggenommen worden.

Staatssecretär Frhr. v. Marschall legt eingehend die Schwierigkeit der Grundbesitzverhältnisse der deutschen Colonisten in Palästina dar. Ein internationales Vorgehen sei bis jetzt noch nicht möglich gewesen, die Hände der Regierung seien gebunden durch die noch gültigen Verträge und Abmachungen. Die deutsche Regierung werde sich die Fürsorge der deutschen Colonisten stets angelegen sein lassen.

Abg. Frese (freil. Vereinig.) kommt auf eine Aeußerung des Abg. Dr. Dasse zurück, daß unter der Regierungszeit des Grafen Caprivi das Ansehen der Deutschen im Auslande gelitten habe. Das sei eine ganz haltlose schwere Beleidigung des Grafen Caprivi, dessen in hohem Grade friedfertige Politik gerade das Ansehen der Deutschen im Auslande in hohem Grade erhöht habe. Wenn etwas das Ansehen der Deutschen im Auslande schädigen könne, so seien es die Versuche, auf irgend welche Weise um die Abmachungen der Handelsverträge herumzukommen.

Abg. Molkenbühr (Socd.) richtet die Anfrage an die Regierung, was sie zu thun gedenke, um die übermäßige Ausnutzung der Arbeitskräfte in gesundheitschädlichen Betrieben, wie sie in der Gewerbeordnung seit zwei Jahren verboten sei, zu verhindern. Man habe noch nichts von einer Bestrafung gehört, obwohl solche Fälle thatsächlich durch die Berichte der Fabrikinspectoren nachgewiesen seien. Die Commission für Arbeitsstatistik habe solche Fälle namentlich im Bäckereigewerbe festgestellt und sich für den zwölftägigen Arbeitstag im Bäckereibetriebe ausgesprochen. Vicepräsident von Buol bittet den Redner, nicht zu sehr ins Detail einzugehen.

Abg. Molkenbühr (fortfahrend): Die Materie berührt allein das Ressort des Reichskanzlers. Daß bei der gegenwärtigen langen Arbeitszeit die Gesundheit schwer gefährdet wird, liege auf der Hand. Nur fünf Procent sämtlicher Bäckergesellen hätten einen freien Sonntag und diese fünf Procent vertheilten sich sämtlich über den Resten Deutschlands. Fast alle anderen europäischen Länder hätten die Arbeitszeit der Bäcker schon geregelt. Er bitte nochmals um eine Antwort, was die Commission für Resultate erzielt habe, ob sie etwa nur für den Papierkorb gearbeitet habe.

Staatssecretär v. Bötticher: Die Regierung habe nicht die Absicht, das wertvolle Material der Commission für Arbeitsstatistik dem Papierkorb zu überliefern, sondern wolle es bei Gesetzentwürfen oder bei Bundesrathsbeschlüssen zu verwenden suchen. Das Material sei erst im Juli v. J. der Regierung übermittelt worden und die Regierung habe sich schlüssig gemacht, den Weg der Gesetzgebung zu beschreiten; die Frage sei im Fluß und der Vordränger solle sich nur gedulden. Die Regierung fahre auf diesem Gebiete fort, es seien bereits Enqueten rücksichtlich der Angestellten im Kellnergewerbe, der Mühlenindustrie und in kaufmännischen Betrieben eingeleitet. Die Regierung stehe nach wie vor auf dem Boden des § 120 e der Gewerbeordnung.

Abg. Siegle (Str.): Die Regelung der vom Abg. Molkenbühr angeregten Frage sei gewiß sehr wünschenswert, aber sie biete doch so viel Schwierigkeiten, daß sie nicht mit Eile, sondern nur mit großer Vorsicht betrieben werden dürfe.

Abg. Richter (freil. Sp.): Die Reichsverfassung bestimme, daß Erlasse des Kaisers vom Reichskanzler gegenzeichnet werden müssen. Diese Bestimmung sei in letzter Zeit nicht immer inne gehalten worden. Es stehe fest, daß Fürst Bismarck die beiden Erlasse vom 4. Februar 1890 nicht gegenzeichnet. Er frage, ob Fürst Hohenlohe nachträglich diese Erlasse gegenzeichnet habe, da sie sonst nur Privatäußerungen des Monarchen und verfassungsmäßig ungültig seien. Ein weiterer Vorfall datirt aus letzter Zeit. Beim Reichskanzler Grafen Caprivi meldete sich ein Hauptmann von Kammer, der sich als neuernannter Gouverneur von Kamerun vorstellte. Graf Caprivi glaubte zunächst, der Mann sei nicht richtig im Kopfe. (Heiterkeit.) Schließlich aber stellte sich heraus, daß die Ernennung ihre Richtigkeit hatte, aber sie wurde vom damaligen Reichskanzler wieder rückgängig gemacht. Der Reichskanzler möge in Zukunft dafür sorgen, daß nicht Ernennungen aus der dem Reichskanzler untergeordneten Cabinetskanzlei ohne Gegenzeichnung eines Ministers in die Öffentlichkeit kommen.

Reichskanzler Fürst Hohenlohe. Die Erlasse ergingen zu einer Zeit, wo ich noch nicht im Amte war, die Verantwortung dafür trägt Fürst Bismarck. Der Hauptmann von Kammer sei gar nicht ernannt worden, deshalb erklärte sich auch eine Contraignatur.

Abg. Richter (freil. Sp.) Die Antwort des Reichskanzlers ist eine Erklärung aber keine Erledigung meiner Frage.

Staatssecretär von Bötticher. Die Erlasse seien

ein programmatischer Wunsch des Monarchen und bedürfen als solche keine Gegenzeichnung, da es sich weder um praktische noch juristische Folgen handle.

Abg. Richter (frei. Vp.) hält an seiner Darstellung des Falles Nahrung fest. Fürst Bismarck habe nie ein Fehl daraus gemacht, daß er mit den Erlassen nicht einverstanden war.

Abg. Frh. von Stumm (Rp.) wundert sich, daß Abg. Richter diese für ihn so prinzipiell wichtige Frage heute nach fünf Jahren und in so vorgerückter Stunde zur Sprache bringe.

Abg. Richter (frei. Vp.) Er habe sich schon um 2 Uhr zur Erörterung dieser Frage zum Wort gemeldet, er sei bereit, jetzt die Berathung auf morgen zu vertagen.

Abg. Dr. Dajse (natl.) erwidert dem Abgeordneten Frh. v. Stumm, daß er seine Anmerkungen über mangelnden Schutz der Deutschen im Auslande und das geübtere Ansehen Deutschlands im Auslande aufrecht erhalten müsse.

Staatssecretär v. Marschall: Er glaube, daß der Vordruck viel Material habe, es komme doch aber nicht auf die Quantität, sondern auf die Qualität der Anlagen an.

Abg. Graf v. Arnim (Rp.) nimmt den Alldeutschen Verband gegen den Vorwurf in Schutz, als sei er eine Sammelstelle von Reichsboten von Deutschen im Auslande gegen das auswärtige Amt.

Präs. v. Ledebur: Herr Abgeordneter, wir befinden uns noch nicht beim Marine-Gesetz.

Abg. Dr. Gasse (natl.): Es sei bezeichnend, daß die Beschwerden von allen Theilen der Erde einströmen.

Abg. Richter (frei. Vp.) fragt den Reichsfanzler an, ob er nicht seine persönliche Ansicht auch kund thun wolle.

Die Debatte wird geschlossen, der Etat der Reichsfanzlei bewilligt.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr (Etat des Reichsanwalts des Innern und der Reichspost- und Telegraphen-Verwaltung.)

Locales.

Breslau, den 12. Februar 1895.

An die Gewerkschaften Breslau's

Die vom Gewerkschafts-Verband gewählte Commission zur Vornahme einer Arbeiterlohn-Statistik erucht nochmals alle Vorstände und Delegirten der Gewerkschaften, spätestens bis Sonntag, den 17. Februar, das zur Zusammenstellung der Statistik notwendige Material an den Unterzeichneten abzuliefern.

Friedrich Weyhe.

An den Kaiserren Nr. 7b. II.

An die Frauen des arbeitenden Volkes.

Es wird gegenwärtig, auch hier in Breslau, ein Aufruf verbreitet, welches überschrieben ist: „Petition bewilliger Frauen aller Klassen und aller Vorkommen betreffs Forderung der einheitlichen Vereinsgesetz.“

Die Petition geht von drei in der bürgerlichen Frauenbewegung wohlbekannten Damen aus, nämlich Frau Mirna Bauer, Frau Hilv v. Gispel und Frau Adele Gerhart, welche an alle deutschen Frauen die Bitte richten, diese „An einen hohen Reichstag in Berlin“ gerichtete Petition zu unterzeichnen und für die Sammlung weiterer Unterschriften Sorge zu tragen.

Da in neuerer Zeit auch an ein Mitglied der unterzeichneten Commission, und zwar von parteigewisser Seite, eine solche Petition gelangt und daran das Ersuchen geknüpft worden ist, Unterschriften sammeln zu wollen, steht sich die Commission genötigt, unter Hinweis auf die in der „Gleichheit“, der in Stuttgart erscheinenden Zeitung für die Interessen der Arbeiterinnen, ebenso wie im Centralorgan der socialdemokratischen Partei, dem „Vorwärts“, und in unserem Breslauer Partisanen, der „Volkswacht“, veröffentlichten Aufforderung der Berliner Frauenagitations-Commission, und in völliger Uebereinstimmung mit dieser, darauf aufmerksam zu machen, daß es durchaus den Anschauungen und Bedürfnissen der proletarischen Frauen widersprechen würde, wenn sie die erwähnte Petition unterzeichnen.

Die oben genannten Damen stehen durchaus nicht auf dem Boden der proletarischen Frauenbewegung, sie wollen nur stehen und wirken auf der Grundlage bürgerlich-menschenfreundlicher Anschauungen und Bestrebungen. Sie sind Gegnerinnen der Socialdemokratie, wenn auch jede einzelne von ihnen durchaus achtsam ist und den besten Willen haben mag.

Wir Proletarier — auch wir proletarische Frauen — haben lange genug gebeten und geharrt, man hat uns lange genug getreten und genarrt; wir müßten nicht mehr im Gefolge solcher bürgerlicher Menschenfreunde und Menschenfreundinnen. Wir gehören zur Socialdemokratie, wir fordern unsere Rechte, wir petitioniren nicht, aber wir demonstrieren in immer wachsenden Massen.

Das allein ist unserer würdig! Zu dem Zwecke werden überall in Deutschland in diesen Tagen und in den nächsten Wochen und Monaten große Volksversammlungen abgehalten, welche die Vereins- und Versammlungsfreiheit, das Coalitionserecht und das Wahlrecht für alle Frauen, ebenso wie für alle Proletarier überhaupt, verlangen werden.

Für den Massenbeisuch dieser Versammlungen mögen alle Gesinnungsgenossinnen in nächster Zeit agitieren, und keine Proletarierin, die für ihre eigenen Interessen, für die Interessen ihrer Kinder und der Menschheit Verhängnis hat, darf sich abhalten lassen, diese Versammlungen zu besuchen.

Die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen aber mögen sich uns anschließen und ihre Petition verbrennen. Wie die Vertreter der herrschenden Klassen im Reichstage mit Petitionen umgehen, das wissen wir nur zu gut, sie werfen sie spottlächelnd in den Papierkorb! Nur dem energischen Willen der Proletariermassen oder — noch besser — ihrem nicht länger zu zügelnden Unwillen beugen sie sich endlich.

Wollen aber die Herren Reichsboten diesmal beweisen, daß sie auf der Höhe ihrer Volksvertreter-Aufgabe stehen und die Forderungen des arbeitenden Volkes zu erfüllen bereit sind, so brauchen sie weder auf jene Petition zu warten, noch auf unsere Massenversammlungen, — die socialdemokratische Reichstagsfraction läßt sie nicht im Unklaren darüber, was die Glücke der Zeit geschehen hat.

Die Frauen-Agitations-Commission zu Breslau.

[Stadtverordneten-Versammlung] Die Stadtverordneten werden sich in ihrer nächsten Sitzung, die am Donnerstag, den 14. d. M. stattfindet, wieder mit den früheren Nachwachtsbeamten zu beschäftigen haben. Der Magistrat erucht die Stadtverordneten-Versammlung um ihr Einverständnis darüber, daß aus dem Hauptverordnungsamt der Kammer für 1894/95 ein Betrag von 115,000 Mark zur Deckung derjenigen Ausgaben bereit gestellt wird, welche durch Zahlung von Benzegeleuten bezw. Gehältern an vormalige Nachwachtsbeamte für das laufende Rechnungsjahr und das zweite Semester 1893/94, sowie durch Gerichtskosten und Anwaltsgebühren in den Processen der Nachwachtsbeamten gegen die Stadtgemeinde und in dem Regreproceß der Stadtgemeinde gegen den Fiskus theils erwachsen sind, theils noch erwachsen können. Aus der dem Antrag des Magistrats angefügten Begründung geht hervor, daß die vollen Gehälter, zu deren Zahlung auch die Stadtgemeinde verurtheilt worden ist, 84,372 Mark betragen; in Folge mehrerer Abgänge durch den Tod oder anderweitige Anrechnung wird sich dieser Betrag auf etwa 76,200 Mark ermäßigen. Die in Rechtsstreit der früheren Nachwachtsbeamten gegen die Stadtgemeinde von letzterer bisher gezahlten Gerichtskosten und diesseitigen Anwaltsgebühren einschließlich des Gerichtskostenanspruches für die 2. Instanz betragen bereits 18,183.09 Mark. In dem Regreproceß der Stadtgemeinde gegen den Fiskus wegen Erhaltung von 3225 Mark Pensionen für ehemalige Nachwachtsbeamte, welcher in erster Instanz im August der Stadtgemeinde entschieden ist und gegenwärtig gleichfalls in zweiter Instanz schwebt, sind bisher an Gericht- und Anwaltskosten 155 Mark gezahlt worden. In dieser Summe ist noch ein weiterer Betrag eingeschlossen, indem ein Teil der jüngeren,

am 30. September 1893 entlassenen Nachwachtsbeamten gleichfalls gegen die Stadtgemeinde auf Fortzahlung des Gehalts vom 1. October 1893 ab geklagt hat. Von dieser Kategorie von Nachwachtsbeamten, welchen ein Wartegeld nicht gewährt wird, kommen 18 in Betracht, welche zusammen jährlich 10,152 Mark bezogen haben. Nimmt man an, daß ihnen ein gleicher Anspruch, wie den älteren am 1. April 1894 entlassenen Nachwachtsbeamten zusteht, so würden im Falle eines für die Stadtgemeinde ungünstigen Prozeßausganges für die Zeit vom 1. October 1893 bis Ende März 1895 weitere 15,304 Mark an Gehältern hinzutreten. An Gerichtskosten sind dem Magistrat in dieser Sache bis jetzt 143 20 Mark erwachsen. Die im Laufe dieses Rechnungsjahres durch gebührenpflichtige Acte noch zu erwachenden Prozeßkosten werden mindestens ungefähr 5000 Mark betragen. Im Interesse einer klaren Rechnungsführung und geordneten Finanzverwaltung hält es der Magistrat, wie er in der Vorlage bemerkt, für geboten, für diese Beträge von zusammen rund 115,000 Mark schon jetzt Deckung zu schaffen, indem er sie auf das Hauptextraordinarium anweist.

Unter den neuen Vorlagen für die nächste Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung befindet sich ferner das Gutachten des Wahl- und Verfassungsausschusses über den Protest gegen die am 17. December 1894 vollzogene engere Wahl im 28. Wahlbezirk, III. Theilung. Bei dieser Wahl sollen, wie wir bereits mitgetheilt haben, eine Reihe von Ungelegenheiten vorgekommen sein; der Ausschuss empfiehlt nun, den Magistrat zu ersuchen, die in dem Wahlprotocoll genannten Zeugen über die in ihr Wissen gestellten Behauptungen vernehmen zu lassen.

[Auf die Wichtigkeit einer guten, leserlichen Handschrift] für das praktische Leben, hat der Unterrichtsminister in einer Verfügung an sämtliche Provinzial-Schulcollegien aufmerksam gemacht und alle Lehrer der höheren Schulen angewiesen, daß sie keinen Aufschub oder keine Reinschrift aus den Händen der Schüler annehmen, in denen Flüchtigkeit und Unordentlichkeit der Schrift zu rügen sind.

[Von der elektrischen Straßenbahn.] In der letzten Sitzung des Aufsichtsraths der elektrischen Straßenbahn ist u. A. auch beschlossen worden, der Generalversammlung der Actionäre den Bau der mehrfach schon erwähnten Linie nach Rothkeischam vorzuschlagen. Falls die Generalversammlung hierauf eingeeht, werden die Concessionirungs-Verhandlungen mit den zuständigen Behörden, in erster Linie mit der Stadtgemeinde Breslau, sofort eingeleitet werden, um festzustellen, ob die Bedingungen der Concessionirung für die Gesellschaft annehmbar erscheinen, was, wie man der „Schles. Ztg.“ mittheilt, nur dann der Fall sein würde, wenn sie nicht schwerer sind, als die Bedingungen der alten Concession. Die Frage des Baues einer Linie nach dem Südpark soll ruhen, bis die Frage der Eingemeindung von Kleinburg geklärt ist. Der Herstellung einer dritten neuen Linie, derjenigen nach Oswitz, glaubt die Gesellschaft nicht näher treten zu können, so lange es nicht feststeht, wie sich das Schicksal des Großschiffahrtsweges und der Großelbrücke mit dem von dort nach Oswitz führenden Wege gestaltet. So lange nämlich nicht zuvor eine völlig hochwasserfreie Verbindung Breslaus mit Oswitz gesichert ist, kann die Gesellschaft nicht daran denken, eine Linie nach Oswitz zu bauen.

[Mit dem Project des Schillertheaters] wird sich nächsten Sonntag, Vormittags 11 Uhr, eine Volksversammlung, die in Siebichs Stablissement stattfinden soll, beschäftigen. Der Zutritt ist jedoch nur gegen Vorzeigung von Billets gestattet, welche kostenlos durch die beteiligten Vereinsvorstände veransagt werden. Was es darnach mit dieser von Herrn Weidlich einberufenen „Volksversammlung“ für eine Bewandniß hat, dürfte klar sein.

[Stadt-Theater.] Heute, Dienstag gelangt Seppings „Rathan der Weise“ und morgen, Mittwoch, Raffennets „Oper Herodias“ zur Wiederholung.

[Lobe-Theater.] Als nächste Neugestaltung am künftigen Sonnabend zwei Stücke von Richard Stormonnet, nämlich das vieractige Lustspiel „Galat“ und der einactige Schwank „Die stille Wache“, zur Aufführung kommen; beide stehen jetzt Wochen auf dem Spielplan des Schauspielhauses in Berlin.

[Concordia-Theater.] Heute, Dienstag, fällt die Vorstellung aus. — Morgen, Mittwoch, wird das Lustspiel „Else vom Erlenhof“ zum fünften Mal wiederholt. — Donnerstag findet das Benefiz für den besten Kapellmeister Baumgarten statt. Die an diesem Abend zum Vortrag gelangenden Musikstücken sind größtentheils Compositionen des Benefizianten.

[Kellerbrand.] Gestern, Montag, Nachmittags 1 Uhr 20 Minuten, wurde die Feuerwehrt nach Weisgerberg Nr. 55 gerufen. Sie fand, wie berichtet wird, bei ihrem Eintreffen den Keller und das ganze Treppenhaus voll Rauch, so daß die Treppe nicht mehr passierbar war. In dem dritten

Stodwerke befand sich eine Frau mit vier Kindern, welche vom Rauch stark belästigt wurden, weshalb einige Mannschaften die sehr schwierige Arbeit unternahmen, die Treppe emporzuführen, die kleinen im Treppenhause befindlichen Fenster und im vierten Stock eine Wohnung und deren Fenster zu öffnen, um dem Rauch Abzug zu verschaffen. Während dieser Zeit waren nach wiederholt vergeblichen Versuchen andere Mannschaften in den Keller bis an das Feuer vorgedrungen, welches sie nach einiger Zeit durch den Angriff mit der Gaspritze löschten. Es hatten die Verpackung der Wasserleitung, eine Quantität Stroh, ein Bretterverschlag und ein Theil der Decke gebrannt. Beim Aufstauen der Wasserleitung war die Verpackung in Brand gerathen, wodurch das Feuer entstand.

— [Selbstmord.] Am 9. d. Mts., Vormittags 9 Uhr 30 Min. stieg ein alter Mann in der Nähe der Universitätsbrücke eine Treppe am Ufer hinauf, legte seinen Rock ab und sprang dann in die dort offene Stelle der Ober. Der Mann trieb auf dem Wasser bis in die Nähe des Brausebades, wo er auf Eis gezogen und dann an das Ufer geschafft wurde. Dort verstarb der Mann in Folge des kalten Bades. Die Leiche wurde nach der Anatomie geschafft.

— [Polizeiliche Nachrichten.] Verhaftet am 9. und 10. d. Mts. 134 Personen. — Gestohlen: einem Arbeiter auf der Weißgerbergasse ein Winterüberzieher; aus einem Geschäft auf der Sedanstraße 9 Mk. — Abhandlung: ein Armband mit einer Uhr, eine Portemonnaie mit 3 Mk., eine Pfededecke, eine Cylinderruhr und ein Carton, enthaltend ein Paar schwarze Beinleider. — Gefunden: zwei Bettlücken, zwei Kopfstützenbezüge, ein Pelztragen, ein Schal, ein Fächer, ein Spazierstock und ein Hundehalsband.

**Veranstaltungen.** Am Sonntag, Vormittag von 11 Uhr bis Nachmittag 2 Uhr fand, wie bereits mitgeteilt, im großen Saale des Establishments „Deutscher Kronprinz“ eine Volksversammlung statt, die außerordentlich zahlreich besucht war. Auf der Tagesordnung stand ein Referat des Redacteurs Genossen Bruns über das Thema: „Der Kampf gegen den Socialismus“. Seine anderthalbstündigen äußerst interessanten und feiseltenden Ausführungen fanden den lebhaftesten Beifall aller Anwesenden.

Redner betonte einleitend, daß unzweifelhaft dem künftigen Geschichtsforscher unsere Zeit als eine der interessantesten Perioden der Entwicklung des Menschengeschlechts erscheinen müsse, daß jenes tolle Durcheinander, jeder jehinbar regellose Widerstreit der Interessen, wie sich die gegenwärtige Zeit dem gegenwärtigen Auge darstellt, nicht als der gewaltige Kampf einer aufstrebenden Gesellschaftsklasse gegen andere, herrschende und wieder gegenständig kämpfende Gesellschaftsklassen klar und deutlich erscheinen werde. Das einst verachtete Proletariat sei zum Bewußtsein seines Rechts und seiner Macht gekommen und ringe unerbittlich nach Anerkennung nach Umgestaltung der veralteten und ungerechten Gesellschaftseinrichtungen. Kein Wunder, daß einem solchen Streben gegenüber, welches alle bisherigen Verhältnisse umzuändern geeignet und gewillt sei, die erbittertesten Feinde aufstehen, alle jene Elemente, in deren wohlverwogenem Interesse die Erhaltung der Gesellschaftszustände, wie sie zum einmal vorhanden sind, liegen müsse. So ist denn dem Proletariat und seiner weltbewegenden Idee dem Socialismus, allüberall eine Gegnererschaft entstanden, die vor nichts zurückdreht und einen erbitterten Kampf gegen den Socialismus und dessen Trägerin und Vorankämpferin, die socialdemokratische Partei, eröffnete. Redner schildert zunächst die wechselnden Phasen dieses Kampfes speciell gegen die deutsche Socialdemokratie, von jener Zeit her, als Bismarck noch glaubte, die Arbeiterbewegung für seine besonderen politischen Pläne und gegen das rabiate Bürgerthum gebrauchen zu können bis zum gegenwärtigen Augenblick, wo man wieder zu Gewaltmitteln gegen die Socialdemokratie greife, obwohl das klägliche Fiiasco des Socialistengesetzes klar erweisen habe, wie ohnmächtig alle Gewalt gegen die sieghafte Macht der socialistischen Idee sei. Redner sieht davon ab, die Amtsurzvorlage nochmals einer besonderen Betrachtung zu unterziehen und wendet sich zu jener anderen Art des Kampfes, den man den geistigen nennt und der darin besteht, dem Socialismus und den Socialdemokraten alle möglichen thörichten oder verbrecherischen Bestrebungen zu unterstellen. Wir Socialdemokraten sind, wie die Gegner sagen, Feinde des Eigenthums, der Familie und Ehe, wollen Staat und Gesellschaft umrühren, Bildung und Cultur vernichten, sind Feinde der Religion, ohne Vaterlandsliebe, erstreben die Vernichtung der persönlichen Freiheit, sind Feinde des Mittelstandes, verheerlichen den Meinerd, wollen nicht arbeiten, hegen und schüren die Unzufriedenheit und was sonst noch Alles von uns behauptet wird. Redner zeigt dann in längeren, mehrfach von Beifall unterbrochenen Ausführungen die Haltlosigkeit dieser Beschuldigungen und führt an der Hand der bestehenden Einrichtungen und Verhältnisse den überzeugenden Nachweis, daß zum großen Theil das, was als unser Bestreben dargestellt wird, grade durch die bestehenden Zustände und deren Träger und Vertheidiger schon herbeigeführt ist, wenn auch vielfach ungewollt. Lediglich der Socialismus ist es, der eine Umgestaltung der Verhältnisse im Sinne der Gerechtigkeit herbeiführen will, der Redem sein Eigenthum, das, was er geschaffen, die Frucht seiner Arbeit gewährleisten, Bildung und Cultur heben und fördern, Ehe und Familie zu wahrhaft sittlichen Institutionen umwandeln, wahre Vaterlands- d. h. Menschenliebe pflegen und Staat und Gesellschaft zur Grundlage der Wohlfahrt und des Glückes aller seiner Mitglieder machen will. Mit Entschiedenheit bekämpft Redner die Behauptung, daß wir einen gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftseinrichtungen erstreben, im Gegentheil, wir wirken auf eine friedliche Entwicklung der Dinge in unserem Sinne hin und ein Sieg unserer Idee ohne Blutvergießen und Gewalt ist möglich, ist sogar gewiß, wenn nicht unsere Gegner selbst oder doch ein Theil derselben auf ihre Macht und ihre Vorrechte pochend, den friedlichen Sieg des Socialismus, herbeigeführt durch die Aufklärung und Gewinnung der Massen, dadurch zu vereiteln suchen, daß sie ihrerseits an die Gewalt appelliren! Werden doch schon jetzt, angesichts des unüberwindlichen Wachstums unserer Anhängererschaft in allen

Schichten des Volkes, derartige Absichten und Wünsche immer öfter und immer deutlicher in gewissen Kreisen geäußert, möchte man doch hier und da schon jetzt „ehe es zu spät ist“, gern einmal die Flinte schleifen und den Säbel hauen lassen. Wir aber lassen uns durch keinerlei Provocationen beirren, sondern gehen unausgesetzt den friedlichen Weg der Aufklärung des Volkes und was auch noch kommen mag, unser wird doch der Sieg, denn mit uns ist Wahrheit und Recht! Mit einer energischen Aufforderung, treu bei unserer Fahne auszuharren, mit unablässigem Eifer immer neue Mitkämpfer zu gewinnen, damit bald schon ein herrlicher Sieg unser Ringen belohne, schloß Redner unter lebhaftem Beifall der Versammlung seinen interessanten Vortrag.

Der Vorsitzende, Genosse Hübenett, theilte sodann mit, daß ein vom Gewerkschafts- Cartell an die Regierung gestelltes Gesuch um Gestattung einer Collecte zur Unterstützung der in der Centralherberge Zureisenden abgelehnt worden sei, da ein Bedürfnis nicht vorliege. Dagegen sehe man in Schaulustern Aufforderungen zu Beiträgen für die Bismarckspende. (Entrüstungsrufe.) In einer Resolution protestirt die Versammlung gegen den Bescheid des Regierungs-Präsidenten und seine Motivirung, sowie dagegen, daß es gestattet sei, für einen Millionär und pensionirten Staatsbeamten öffentlich zu sammeln. Die Versammlung erblickt hierin eine Degradation des Arbeiters zum Bürger zweiter Klasse und erklärt, mit aller Energie dafür eintreten zu wollen, daß eine Gesellschaftsordnung Platz greift, wo die Worte Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit auch in Wirklichkeit zur Geltung kommen. Genosse Hennig, welcher sich hierauf bezüglich seines Verhaltens gegenüber dem Verlage der „Volksmacht“ rechtfertigen wollte, wurde nach längerer Debatte auf eine über acht Tage im kleinen Saale des „Deutschen Kronprinzen“ stattfindende Parteiversammlung verwiesen. Genosse Erner aus Pöpelwitz beantragte, über die Gastwirthin in Pöpelwitz, welche ihre Locale zu socialdemokratischen Versammlungen verweigern, den Boykott zu verhängen. Die Vertrauensleute werden laut Beschluß die Sache erst prüfen und haben sie auf die Tagesordnung der demnächst stattfindenden Parteiversammlung zu setzen. Genosse Giehmann theilte noch mit, daß am 24. Februar, Nachmittag 4 Uhr, im „Deutschen Kronprinzen“ wieder eine Volksversammlung stattfindet, in welcher Genosse Lieblin recht aus Berlin sprechen werde. Den Schluß der Versammlung bildete ein dreifaches Hoch auf die internationale Socialdemokratie.

### Schlesien.

**Erhebungen über Handweberei** werden gegenwärtig auf Anordnung der Regierungsbehörden in den Weberbezirken der Provinz Schlesien angestellt. In dem den Gemeinden zur Beantwortung vorgelegten Fragebogen sind die Anzahl der Fabrikhandweber (d. i. solche, die in Werkstätten arbeiten, in welchen 10 und mehr Handweber beschäftigt sind), der Haushandweber (d. i. solche, welche in der eigenen Wohnung oder in Werkstätten weben, in welchen weniger als 10 Weber thätig sind), die Zahl der Meister oder selbstständigen Weber und der Gehilfen anzugeben. Die Statistik bezieht sich ferner auch auf die Thätigkeit der Weber und es ist anzugeben, wie viele der Handweber sich nur mit Weberei und wie viele sich auch mit anderen Erwerbsarbeiten beschäftigen, ferner wie viele von ihnen baumwollene, leinene, halbleinene, wollene und halbwollene Gewebe herstellen. Ebenso ist die Benennung der hergestellten Gewebe anzugeben.

**Die eizende Lage der Handweber** in Kattsch ist bekannt. Zur Linderung der Noth unter denselben soll nun von der königlichen Regierung, wie die „Oberschles. Volksztg.“ berichtet, Arbeit für 600 Webernähle zu Militärzwecken für Kattsch in Aussicht gestellt worden sein, und es haben bereits Verhandlungen mit Sachkundigen darüber stattgefunden. — Von Zeit zu Zeit rafft man sich dazu auf, den Vermissen unter den Proletariern eine Unterstützung zukommen zu lassen, im Uebrigen bleibt es bei denselben traurigen Verhältnissen unter den Handwebern.

**X. S. Diequitz**, 11. Februar. In der letzten Sitzung des Gewerbevereins hat sich der Hauptlehrer Kupfermann alle erdenkliche Mühe gegeben, für den Handwerkerstand eine Lanze zu brechen. Der Zweck derselben kann nur der sein, daß man mit der Beschäftigung der Frage: „Wie kann dem Handwerk geholfen werden?“ den kleinen Meistern Sand in die Augen zu streuen nicht, um sie noch länger im Schlaftraum der freimüthigen Partei zu halten. Im übrigen wollen wir hier nur das eine constatiren, daß nämlich der Vortragende selbst zugeben mußte, daß ein großer Theil der kleinen Handwerker thätigkeitslos vom Großkapital ruinirt wird und daß dem auch in Zukunft so sein wird. Mit all' den frommen Wünschen, die Herr K. sonst noch stammelte, werden die Handwerker kaum zufrieden sein. Die Kräftanstrengungen, die man zur Verflechtung der Risse in der hiesigen liberalen Hochburg unternimmt, helfen nichts. Die Handwerker haben größtentheils eingesehen, daß die schönen Palladiumsmittelchen der bürgerlichen Parteien zur Verbesserung ihrer Klassenlage, eitel Dunst sind und daß nur die Verwirklichung der socialdemokratischen Forderungen auch für sie eine bessere Zukunft bedeutet. — Am Freitag Nacht wurde in der Breslauerstraße ein Reiter von einem Nachwächter angehalten, weil das Pferd nur besäumt war. Letzterer nöthigte den Reiter nach einem Gasthose, wo sich bald herausstellte, daß das Pferd in Noth aus einem Stalle gestohlen war. Der Reiter wurde verhaftet. — Ferner verübte an demselben Abend eine Frauensperson, die erst kürzlich aus dem Zuchthause entlassen war, einen Diebstahl, indem sie von einem in der Frauenstraße unbewacht stehenden Wagen ein Paket an sich nahm. Vom Besitzer des Fuhrwerks, der den Diebstahl beobachtete, wurde die Diebin sofort angehalten. Außerdem beobachtete sich die Frauensperson noch im Besitz von Bettzeugen und Hosenenträgern, über deren rechtlichen Erwerb sie keinen Nachweis erbringen konnte.

Zwei hiesige Arbeiter hatten kürzlich einen ihnen nicht gehörigen Hund geschlachtet. Das Fell wurde zum Verächter und der Besitzer des Hundes dadurch ermittelt. Der Sache folgte ein gerichtliches Nachspiel, und erhielt der eine von den Thätern, weil er vorbestraft war, 3 Monate, seine Complice 1 Monat Gefängniß.

Vor dem Schöffengericht hatte sich der Uhrmacher Paul Hauke, welcher früher hier ein eigenes Geschäft besaß, wegen Zechprellerei und Diebstahl zu verantworten; S. eignete sich rechtswidrig bei seinen Quartiergeber eine Uhr an, er wurde zu einer Strafe von zwei Wochen Gefängniß verurtheilt. Wegen Zechprellerei in zwei Fällen erhielt S. drei Wochen Gefängniß. Es sei gleichzeitig hiermit vor dem Patron gewarnt. — Nach einer Mittheilung der hiesigen Localblätter soll in diesem Jahre der Sedanrummel mit großem Pomp gefeiert werden. In dieser Art Patriotismus sind die Deutschen stets voran.

\* **Sandh.** 10. Februar. Ein Opfer der Kälte. In Sachwitz war ein Arbeiter im Walde mit Holzfällen beschäftigt. Als er Abends nicht nach Hause kam, suchte ihn sein Weib und fand den Mann im Walde erstickt liegen. Nach einigen Tagen verstarb der Mann.

\* **Schwarzberg.** 11. Februar. Der Stellenbesitzer Tauer in Schwarzwalda erschöß heute, wie der „Bote aus dem Riesengebirge“ meldet, seine Ehefrau und dann sich selbst. Das Motiv zu der That soll in Eifersucht zu suchen sein.

\* **Gottesberg.** 11. Februar. Auf dem Egmondschachte brach in der Verladebühne Feuer aus. Den Feuermehren aus Gottesberg, Fellschammer und Hermsdorf gelang es, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken.

### Aus den Nachbarprovinzen.

\* **Bosen.** 10. Februar. Auf dem Bahnhof Znowra-Law wurde gestern der Stationsassistent Hermann Roehr von dem Berliner Courierzuge erfaßt und überfahren. Dem Unglücklichen wurden Arme und Beine vom Rumpf getrennt und der Kopf zerschmettert. Der Tod trat auf der Stelle ein.

### Vermischtes.

— **Wilhelmsbaven.** 9. Februar. Die Wittve des mit der „Elbe“ ungelommenen Schill überwies dessen Lebensversicherungssumme in Höhe von 100 000 Mark den Hinterbliebenen der Verunglückten.

Ein **bezwirkender Postdiebstahl** ist am Sonntag auf dem Postamt in der Potsdamerstraße zu Spandau ausgeführt worden. Es handelte sich um ein mit Geld gefülltes Faß, das zugleich mit mehreren anderen von der Generalmilitärkasse in Berlin für verschiedene Truppentheile der Garnison Spandau bestimmt war, auf dem Potsdamer Bahnhofe in Berlin aufgegeben wurde und am Sonntag Abend um 8 Uhr mit dem Eisenbahnzuge aus Berlin am Bestimmungsort eintraf. Der Werth sämtlicher Fässer war „declarirt“, sodaß der werthvolle Inhalt äußerlich erkennbar war. Alle Fässer sind auch nach dem Postamt gelangt und in den Packkammern untergebracht worden, um demnächst den Truppentheilen ausgehändigt zu werden. Am Sonntag Morgen um 3 Uhr stellte sich heraus, daß eins der Fässer, das für das Garde-Fuß-Artillerie-Regiment bestimmt war und am Löhrungstag am Montag ausgezahlt werden sollte, spurlos verschwunden war. Der Inhalt bestand aus insgesamt 10 720,79 Mark, und zwar in 75 Hundertmark-scheinen, 1500 Mark in Silber, 1720 Mark in Gold und der Rest in kleiner Münze. Von den Beamten hat keiner gesehen, daß sich jemand in auffälliger Weise an den Geldfässern zu thun gemacht.

### Neueste Nachrichten.

— **Berlin.** 11. Februar. Der Gouverneur von Ostpreußen, Freiherr von Scheele, scheidet endgültig von seinem Posten und kehrt von der Urlaubsreise nicht mehr zurück. Auf einem ihm zu Ehren im vorigen Monat in Dar-es-Salaam gegebenen Mahle erklärte er, er habe den Kaiser um Enthebung von seinem Posten gebeten und werde voranschreitlich, durch die Verhältnisse gezwungen und gegen seinen Wunsch, niemals wieder zurückkehren.

— **Lübeck.** 11. Februar. Der Dampfer „Strasburg“, welcher am 2. Februar von Lübeck nach Reval fuhr, ist dort noch nicht eingetroffen und 6 Tage überfällig. — Der Dampfer „Traber“, welcher am 5. Februar nach Reval abdampte, ist 3 Tage überfällig. — Der Dampfer „Nema“, von Baltislipst nach Lübeck unterwegs, ist 2 Tage überfällig. Da jegliche Nachricht über das Schicksal der Schiffe fehlt, ist man in Lübeck stark beunruhigt.

— **München.** 11. Februar. Der Journalisten- und Schriftstellerverein beauftragte einstimmig nach längerer Debatte die Vorstandschaft, gegen die Amtsurzvorlage, soweit sie literarische Interessen berührt, an den Reichstag eine Resolution zu richten, der sich auch andere literarische Vereine anschließen könnten.

— **Stuttgart.** 11. Februar. Der „Staatsanzeiger“ veröffentlicht die Verordnung, wonach der Landtag zum 20ten Februar einberufen wird. 26 Stichwahlen finden am 11. und 15. Februar statt.

— **Wien.** 11. Februar. Der Reichsrath ist auf den 19. Februar einberufen.

— **London.** 11. Februar. Heute begann vor dem Guildhall-Gerichtshof die vom Staatsanwalt beantragte Verhandlung gegen fünf Directoren der Balfourischen Gesellschaften. Unter denselben befindet sich das Parlamentsmitglied Colstevens.

— Bis gestern Abend 11 Uhr war noch immer keine Nachricht über den Verbleib des Dampfers „Gasconne“ eingetroffen. Die Aufregung im Publikum ist sehr groß. Der Dampfer ist nunmehr seit 3 Tagen fällig für Newyork.

— **Mailand.** 11. Februar. Mehrere socialistische Abgeordnete in Modena haben beschlossen, eine Versammlung sämtlicher Socialisten Italiens einzuberufen, um die gegenwärtige Lage zu berathen.

— **Paris.** 11. Februar. Kammer. Denis brachte eine Interpellation über die Abfertigung des Schatzkammermeisters Isaac Levaillant in St. Etienne ein. Auf Verlangen Ribots wurde die Interpellation mit 268 gegen 208 Stimmen auf einen Monat vertagt und sodann die Berathung des Unterrichtsbudgets vorgenommen. — Die Untersuchungskommission, die in Sachen der staatlichen Garantien für die Eisenbahn-Gesellschaften niedergelegt wurde, beschloß über ihre Berathung... Schweigen zu bewahren. Der wird auch seine Freunde vernichten! Nur ein kurzes Protokoll soll die Presse erhalten, die aber wohl nicht mit-

